

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Sebnitzort, Marienau, den Müllengrund, Rübznappel und Tirschheim.

Ercheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— Mf. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— Mf. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 80 Hg.



Anzeigenpreis: Die sechsseitige Grundzeile wird mit 2.— Mf. für auswärtige Besteller mit 2.25 Mf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreiseitige Zeile 4.50 Mf. für Auswärtige 5.— Mf. Schluß der Anzeigennahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 118

Montag, den 22. Mai 1922

72. Jahrgang.

Alles Ablagern von Schutt am sogenannten „Bornwiesenteich“ wird hiermit verboten. Zuwiderhandelnde werden bestraft. Der Schuttablagungsplatz befindet sich gegenüber der Fachschule hinter dem städt. Bauhof. Lichtenstein-C., den 22. Mai 1922. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Der 11. Nachtrag zur Steuerordnung der Gemeinde Hohndorf, die Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Grundsteuer betreffend, ist von der Amtshauptmannschaft und dem Bezirksauschuß genehmigt worden. Er liegt von heute an 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathaus, Zimmer Nr. 7, aus. Hohndorf, am 18. Mai 1922. Der Gemeindevorstand. Schuster.

Sparkasse Hohndorf (Bez. Chemnitz).

Zinsfuß 3 1/2%. Tägliche Verzinsung Postfachkonto Leipzig Nr. 21489. Gemeindegeld Nr. 2. Strengste Geheimhaltung. Anrechtliche Aufbewahrung, An- und Verkauf von Wertpapieren. Geschäftszeit: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, von früh 7—12, nachmittags von 2—4 Uhr. Mittwoch und Sonnabend früh 7 bis mittag 1 Uhr, desgleichen vor sonstigen Festtagen. Vermittlung von Lebens- und Rentenversicherungen der öffentl. Lebensversicherungs-Anstalt sämtlicher Sparkassen.

Kurze wichtige Nachrichten.

- Die deutsche Delegation ist Sonntag nachmittags 2 Uhr mit Sonderzug aus Genua nach Berlin zurückgekehrt.
- Der „Kain“ meldet aus Opatowitz: Die Verurteilung im Petersburger Prozeß, alles ehemalige deutsche Soldaten, werden voraussichtlich polnischen Gefängnissen zur Abkürzung ihrer Strafen zugewiesen werden. — Andere Kadern werden dafür sorgen, daß die Strafen den Deutschen zur Höllequal wird. Muß sich Deutschland einen solchen Anseh fallen lassen?
- Wie der Banische Kurier meldet, hat der Vertreter Zechenbads, Rechtsanwalt Dr. Löwenfeld, auf Einleitung der Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts München verzichtet. Das Urteil ist somit rechtskräftig geworden.
- Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie beginnt am heutigen Montag.
- Lord George ist am Sonntag durch Paris gereist, ohne einen französischen Staatsmann gesprochen zu haben.
- Die französische Kammer und der Senat werden morgen Dienstag ihre Sitzungen wieder aufnehmen. An erster Stelle stehen auf dem Programm nicht weniger als 8 Interpellationen über die Konferenz von Genua, deren Diskussion aber erst Freitag angeht.
- Morgan ist in Paris eingetroffen.
- Am Mittwoch beginnen die ersten Besprechungen im Anleiheauschuß der Reparationskommission.
- Der englische Dampfer „Capot“ ist mit dem französischen Dampfer „Zenne“ zusammengestoßen und gesunken. Der französische Dampfer ist mit zahlreichen Getreideten in Brand eingetroffen. Bisher sind etwa 20 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Opfer wird auf 96 geschätzt.
- In London wurde in der Nähe seiner Wohnung Rulowicz, einer der Sachverständigen der Sowjethandelsmission, ermordet aufgefunden. Rulowicz war früher der Leiter der Filiale der russisch-asiatischen Bank in Chardin. Die Umstände des Mordes sind noch nicht aufgeklärt.
- Die ägyptische Regierung hat eine Militärkonvention mit Großbritannien in Vorschlag gebracht, um die englischen Garzonen in Kegypten belassen zu lassen.

Dr. Wirth an die italienische Presse.

Am Schlußtage der Genueser Konferenz ließen der Reichkanzler und Minister Dr. Rathenau eine Einladung an alle in Genua versammelten italienischen Journalisten ergehen. In einer Begrüßungsansprache an die italienischen Gäste sagte der Kanzler: Der universelle Gedanke, der dem italienischen Volke seit altersher eigen ist, hat die Stärke gebildet, auf der sich die Völker Europas getroffen haben. Es sind noch nicht viele Jahre vergangen, daß Millionen Menschen unter den Schrecknissen des Krieges gestorben sind. Und nun sehen wir die Nationen Europas um den Friedensstisch versammelt. Schon diese Tatsache ist so bedeutsam, daß man sie immer wieder hervorheben muß. Die Konferenz ist wie alles Menschliche nur Stückwerk geblieben. Sie ist nur ein Torso und dieser Torso von Genua ruft geradezu nach Ergänzung. Ich bin sicher, daß alle Völker, die an der Arbeit hier teilgenommen haben, sich Mühe geben werden, den Torso zu ergänzen, da seine große wertende Idee für alle Völker auf der Welt deutlich sichtbar geworden ist. Wir müssen alle bedenken, daß sich in gewissem Sinne, was den Eigentumsbegriff angeht, hier zwei verschiedene Welten getroffen haben. Auf italienischem Boden hat man die erste Verbindung zwischen beiden Anschauungen geschlagen. Das ist schon eine große Tat. Das italienische Volk und besonders die italienische Presse haben bei diesem Bräutigam der ganzen Welt einen großen Dienst erwiesen, für den ihnen alle dankbar sein müssen. Ich glaube aber auch, daß das deutsche Volk, auch wenn es nicht offiziell im Haag dabei ist, Europa wieder wie hier — denn wir haben in manchen Dingen die Rolle eines Vermittlers gespielt — gute Dienste leisten kann. Ich bin überzeugt, wenn alle von gutem Willen bejeelt sind, wird das Werk, Rußland wieder aufzubauen, gelingen. Es wird gelingen, die Völker des Westens und des Ostens kulturell wieder einander zu nähern. Ich glaube, daß wir Deutschen auf diesem Gebiete mit Italien gut zusammenarbeiten können. Ich sehe zwischen Deutschland und Italien keine Differenz, die Anlaß geben könnte, daß wir nicht für Europa praktische Politik treiben könnten. Wir haben so manchen von Ihnen hier kennengelernt, haben Leute aus dem Volke gesprochen, vom einfachen Arbeiter bis zum gelehrten Professor, und ich sehe deutlich, es ist ein Boden da, auf dem Italien und Deutschland freundschaftlich miteinander viele, viele Jahre leben können. Wir werden deshalb in den nächsten Monaten und Jahren in Deutschland alles tun, um mit Italien nicht nur wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und die bestehenden zu erweitern, sondern wir werden sehen, daß wir mit Ihnen gemeinsam große, wenn mitunter auch heftige Wege für ganz Europa gehen können. Es können schwere Tage für die europäische Politik kommen, und sie werden kommen, wenn man den Geist der Genueser Konferenz verläßt. Das tritt ein, wenn man glaubt, mit dem Schwerte oder mit Gewalt ökonomische Fragen lösen zu können. Die ökonomischen Fragen, auch die deutsche Frage, lassen sich nicht mit Gewalt lösen, sondern nur durch Verständigung der dazu berufenen Geister aller Nationen, die wirtschaftlich denken. Die Genueser Konferenz zeigt uns den Weg, den man gehen muß. Auf der Konferenz waren die Fragen, über die man öffentlich nicht gesprochen hat, vielleicht die wichtigsten. Man hat sehr wohl darüber gesprochen, und zwar von Mann zu Mann, nicht nur dem anderen ins Ohr, sondern ins Gesicht. Diese Fragen sind nicht begraben, sie leben! Sie sind mit großer Schärfe an das Firmament geschrieben! Gerecht können diese großen finanzpolitischen und wirtschaftlichen Fragen nur werden, wenn man sich von Angesicht zu Angesicht verständigt. Aber verständigen kann man sich nur, wenn man sich verständigen will. Die Ausführungen des Reichkanzlers wurden von den zahlreichen Vertretern der italienischen Presse mit großem Beifall aufgenommen.

Deutsches Reich.

Ernährungsdebatten im Reichstag. Berlin. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Berichte umso länger werden, je länger eine Reichstags-Sitzung dauert. Die Parlamentarier bringen so sich selber um jeden Widerhall im Volke. Am Sonnabend wurde von 10 Uhr früh

bis zum späten Abend zum Etat des Ernährungsministeriums gesprochen. Das geht nicht ohne Wiederholungen ab, und wenn die wenigen Berichterstatter, die auf der Preistribüne dienstlich ausstehen müssen, immer wieder hören, daß der Zuckermangel eine ganz unglaubliche Sache sei, und für Kartoffeln rechtzeitig Lieferungsverträge geschlossen werden müßten, so werden sie natürlich immer eindringlicher. Mit einigem Interesse wird der neue Minister begrüßt. Hermes' Nachfolger, Fehr, der auch aus der landwirtschaftlichen Lehrtätigkeit hervorgegangen ist. Er macht trocknen, und das ist gut so, keinen professoralen Eindruck, dagegen einen sehr selbstbewußten. Wenn er sagt: „Mein Ministerium!“, so klingt das, als sei Fehr, der heute seine erste Ministerrede hält, in der Regierung grau geworden. Dabei wird er noch viel brauchen, um sich in seine jetzige Aufgabe hineinzufinden. In Bayern ist alles auf Milch- und Viehwirtschaft eingestellt, für das ganze Reich mit seinen 60 Millionen Einwohnern sind aber Getreide und Kartoffeln die Ernährungsgrundlagen. Hier hat Hermes die Zwangswirtschaft abzubauen begonnen. Ganz abgesehen von allem anderen, kostet sie zu viel, braucht sie allein an Verwaltungskosten nicht weniger als 800 Mark pro Tonne, wie ein Redner der Rechten feststellt. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei verlangen völlige Freiheit; auch die Umlage soll aufgehoben werden. Die Linke möchte dagegen am liebsten die ganze Zwangswirtschaft wiederhergestellt sehen. Fehr selbst steht theoretisch augenscheinlich auf Seiten der Rechten, hält aber in der Praxis, einer Entschliebung der Gesamtregierung zufolge, an der öffentlichen Bewirtschaftung wenigstens des Getreides noch fest. Das wird noch zu kämpfen mit der Landwirtschaft führen, die denen der Industriearbeiterschaft nicht nachsteht. Im übrigen steht der Minister grundsätzlich auf dem richtigen Standpunkte, daß er Produktionspolitik zu treiben habe, daß wir soweit kommen müssen, alle unsere Lebensmittel im Lande selbst zu erzeugen. Leicht ist dieses Aufgab nicht, da ein großer Teil des agrarischen Ostens uns entzogen und im Restgebiet die Bevölkerungsdichte von 120 auf 130 gestiegen ist. Aber von allen Seiten, wenigstens der bürgerlichen Parteien, wird Herrn Fehr zu dieser Aufgabe Glück gewünscht.

Eine Verpflichtung von Hermes gegenüber den Parteiführern.

Zu den Besprechungen des Finanzministers Dr. Hermes in Paris wird der Telegraphen-Union erklärt, daß die Mitglieder der Reparationskommission über den Verlauf der offiziellen Besprechungen sich gegenseitig strengstes Stillschweigen zugesichert haben. Alle Ausführungen zu den Besprechungen französischer Blätter sind aus der Luft gegriffen. Die Besprechungen haben augenblicklich den Zweck, eine amtliche Besprechung vorzubereiten. Man will sich beiderseitig darüber klar werden, was für die eine oder für die andere Seite annehmbar wäre. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß Finanzminister Hermes den Parteiführern gegenüber sich verpflichtet hat, keine Verbindung irgendwelcher Art einzugehen, ohne zuvor den deutschen gesetzgebenden Körperschaften Gelegenheit zur Prüfung gegeben zu haben.

Anfrage wegen der Eisenbahn Fälschungen.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, hat seine Landtagsabgeordneten rüch, eine Anfrage an die sächsische Regierung zu richten, in der es heißt: Der Deutschland vernichtende sogenannte Friedensvertrag von Versailles ist aufgebaut auf der Annahme von der Schuld Deutschlands am Weltkriege; er soll zugleich die Strafe Deutschlands für seine Schuld sein. Der Prozeß Zechenbach hat die bekannten „Schuldbeweise“ Einers soeben als grobe Fälschungen erwiesen. Ist die sächsische Regierung bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie unverzüglich dem Feindbund die gerichtlich nachgewiesene Fälschung amtlich belanztigt und auf Grund dieses Nachweises die Aenderung des Deutschland vernichtenden Vertrages von Versailles fordert? Weiter beschloß der Vorstand, die Reichstagsfraktion um eine ähnliche Anfrage bei der Reichsregierung zu ersuchen.

Vom Landarbeiterstreik in Pommern.

In der Nacht zum 18. dieses Monats wurde auf den Rittergutsbesitzer und Vorsitzenden der Kreisgruppe Lauenburg des Pommerschen Landbundes, Herrn Flichbach in